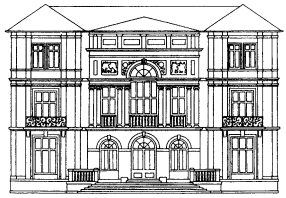
Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie
1938–1945



Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben von Lothar Gall

Kolloquien
77

R. Oldenbourg Verlag München 2012

Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945

Herausgegeben von
Christoph Buchheim † und
Marcel Boldorf

R. Oldenbourg Verlag München 2012

Schriften des Historischen Kollegs
herausgegeben von
Lothar Gall
in Verbindung mit
Johannes Fried, Peter Funke, Hans-Werner Hahn, Karl-Heinz Hoffmann,
Martin Jehne, Claudia Märtl, Helmut Neuhaus, Friedrich Wilhelm Rothenpieler,
Martin Schulze Wessel und Andreas Wirsching

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und zwei Förderstipendien sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs".

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Christoph Buchheim † (Mannheim) war – zusammen mit Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch (Berlin), Professor Dr. Aloys Winterling (Berlin), Prof. Dr. Jan-Otmar Hesse (Göttingen, jetzt Bielefeld), und Dr. Christoph Meyer (Frankfurt a.M.) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 2006/2007. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Christoph Buchheim aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938-1945" vom 24. bis 26. Mai 2007 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Das Historische Kolleg wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 – im Sinne einer „public private partnership" – in seiner Grundausstattung vom Freistaat Bayern finanziert, die Mittel für die Stipendien stellen gegenwärtig die Fritz Thyssen Stiftung, der Stiftungsfonds Deutsche Bank, die Gerda Henkel Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung. Träger des Historischen Kollegs, das vom Stiftungsfonds Deutsche Bank und vom Stifterverband errichtet und zunächst allein finanziert wurde, ist die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs".

historischeskolleg.de
Kaulbachstraße 15, D-80539 München
Tel.:+49 (0) 89 2866 3860 · Fax:+49 (0) 89 2866 3863
Email: elisabeth.mueller-luckner@historischeskolleg.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: Deutsche bespannte Artillerie vor der Feldparade auf den Champs Élysées am Arc de Triomphe, Fotographie von Arthur Grimm, 14.06.1940, Paris, © Arthur Grimm / bpk, Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, Berlin. Bildnummer: 30028118

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706
Satz: Typodata GmbH, München
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum, Memmingen

ISBN 978-3-486-70950-6

Inhalt

Marcel Boldorf
Vorwort VII

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer IX

Marcel Boldorf
Neue Wege zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Europas unter nationalsozialistischer Hegemonie 1

I. Lebensbedingungen für die einheimische Bevölkerung in den besetzten Gebieten

Steen Andersen
Living Conditions and the Business Environment in Denmark, 1940–1945 . . 27

Sergei Kudryashov
Living Conditions in the Occupied Territories of the USSR, 1941–1944 53

II. Nutzung besetzter Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft

Jonas Scherner
Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg 69

Kim Oosterlinck
Sovereign Debts and War Finance in Belgium, France and the Netherlands . . 93

III. Wirtschaftslenkung und Unternehmen in den besetzten Gebieten

Marcel Boldorf
Die gelenkte Kriegswirtschaft im besetzten Frankreich (1940–1944) 109

Hervé Joly
Französische Unternehmen unter deutscher Besatzung 131

Jaromír Balcar und Jaroslav Kučera
Nationalsozialistische Wirtschaftslenkung und unternehmerische Handlungsspielräume im Protektorat Böhmen und Mähren (1939–1945). Staatlicher Druck, Zwangslagen und betriebswirtschaftliches Kalkül 147

Andrzej Wrzyszcz
Die Einmischung der deutschen Justizverwaltung in die Wirtschaft des polnischen Generalgouvernements (1939–1945) 173

Harald Wixforth
Die Banken in den abhängigen und besetzten Gebieten Europas 1938–1945: Instrumente der deutschen Hegemonie? 185

IV. Die Rolle neutraler Länder im deutschen Einflussbereich

Harold James
Switzerland and Sweden in the Second World War 211

Jordi Catalan
Francoist Spain under Nazi Economic Hegemony, 1936–1945 229

Kurzbiografien der Autoren 267

Vorwort

Der vorliegende Sammelband geht auf das Kolloquium „Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945“ zurück, das vom 24. bis 26. Mai 2007 am Historischen Kolleg in München stattfand. Das Konzept entwarf Christoph Buchheim, der am 28. Dezember 2009 im Alter von 55 Jahren viel zu früh verstarb, ohne die Veröffentlichung der wissenschaftlichen Erträge abschließen zu können. Als nachbenanntem Herausgeber kommt mir die ehrenvolle Aufgabe zu, das begonnene Werk im Sinne seines geistigen Urhebers zu vollenden. Diesem Vorhaben möchte ich einige Worte der Erinnerung voranschicken.

Christoph Buchheims zentrales Interesse an der Wirtschaftsgeschichte richtete sich auf langfristige wirtschaftliche Entwicklungsprozesse und die Bedingungen für die Generierung von Wachstum: „Der Wirtschaftshistoriker ist gehalten, den institutionellen Rahmen des Wirtschaftens zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Gesellschaften zu untersuchen, die jeweiligen Anreizbedingungen für die Erbringung wirtschaftlicher Leistungen in den Blick zu nehmen, die wirtschaftlichen Akteure und ihre Handlungsfelder zu beschreiben […] und schließlich die wirtschaftlichen Ergebnisse zu vergleichen.“[1] In diesem Sinne sind nicht nur seine „Einführung in die Wirtschaftsgeschichte“, sondern auch seine Darstellungen zu den „Industriellen Revolutionen“ zu lesen[2].

Dem genannten Leitgedanken folgte auch bereits seine Habilitationsschrift, die sich der Herausbildung der liberalen westdeutschen Wirtschaftsordnung nach 1945 widmete und den Blick auf den besonderen Einfluss des Außenhandels lenkte[3]. Zwei wichtige Aufsätze gehen auf die institutionellen Ausgangsbedingungen ein: zum einen die befreiende Wirkung der Wirtschafts- und Währungsreform des Jahres 1948[4], zum anderen die amerikanischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, d. h. den Beitrag der westlichen Besatzungsmacht zur Schaffung unabhängiger Institutionen wie der Bundesbank – gegen deutsche Beharrungskräfte[5]. Auch Buchheims Studien zur DDR passten sich in das skizzierte Schema ein. Im ostdeutschen Teilstaat identifizierte er die illiberale Wirtschaftsordnung als we-

[1] *Christoph Buchheim*, Einführung in die Wirtschaftsgeschichte (München 1997) 7.
[2] *Ders.*, Industrielle Revolutionen. Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien, Europa und in Übersee (München 1994).
[3] *Ders.*, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 31, München 1990).
[4] *Ders.*, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988) 189–231.
[5] *Ders.*, Die Unabhängigkeit der Bundesbank. Folge eines amerikanischen Oktrois?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001) 1–30.

sentliche Barriere für eine Wohlstandsentwicklung, die der breiten Masse der Bevölkerung hätte zugute kommen können. Provokant stufte er sogar die Reparationen der Nachkriegszeit als wachstumsfördernde Maßnahme ein, während er den systemimmanenten Ineffizienzen der Planwirtschaft die Hauptverantwortung für die Wachstumsschwäche der DDR zuschrieb[6].

Schließlich wandten sich Buchheims Forschungen der Periode des Nationalsozialismus zu. Die Herangehensweise ähnelte wieder derjenigen zu den anderen Epochen der deutschen Geschichte. Er betrachtete die Regulierungen, die zur Deformierung einer prinzipiell als marktwirtschaftlich gedachten Wirtschaftsordnung beitrugen. Der vorliegende Band bezieht zentrale Themen der Buchheimschen Überlegungen ein: die Korrektur der Unterstellung, dass die NS-Wirtschaftsordnung eine Planwirtschaft sei, die Frage nach den Handlungsspielräumen privater Unternehmer und nach dem Stellenwert des Zwangs im Wirtschaftssystem, die Verwerfung der These der Wohlstands- und Gefälligkeitsdiktatur sowie die Ablehnung der Lehrmeinung, dass die Wirkungen der NS-Periode auf die Nachkriegswirtschaft positiver Natur waren. Auf diese Aspekte geht die folgende Einleitung in aller Ausführlichkeit ein.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Mannheimer Fakultät für Volkswirtschaftslehre verbrachte ich von 1992 bis 2005 den prägenden Teil meiner akademischen Laufbahn mit Herrn Buchheim als akademischem Lehrer. In stets freundlichem und direktem Austausch lernte ich ihn als anregenden und kompetenten Gesprächspartner schätzen, dem ich viel zu verdanken habe. Insbesondere lehrte er den Allgemeinhistoriker, ökonomisches Denken auf das Verständnis historischer Entwicklungen und Prozesse zu übertragen. Buchheim gab sich nie mit Deskriptivem zufrieden, sondern verlangte immer nach theoriegeleiteten Fragestellungen. Seine anregenden Ideen und seine Ermutigung zu innovativen Ansätzen fehlen mir.

Zuletzt möchte ich ein Wort des Dankes an die Autoren des Bandes und die Verantwortlichen des Historischen Kollegs richten, die die Tätigkeit des nachträglich berufenen Zweitherausgebers mit besten Kräften unterstützten. Gewidmet sei dieses Werk unserem Gedenken an Christoph Buchheim, unser Mitgefühl gilt seiner Frau Grażyna sowie seinen Söhnen Lukas und Martin.

Berlin, im Mai 2011 Marcel Boldorf

[6] *Ders.*, Kriegsfolgen und Wirtschaftswachstum in der SBZ/DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999) 515–529; Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 82 (1995) 194–210.

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Steen Andersen PhD, Kopenhagen, sa.lpf@cbs.dk
PD Dr. Jaromir Balcar, Bremen, balcar@uni-bremen.de
PD Dr. Marcel Boldorf, Bochum, marcel.boldorf@ruhr-uni-bochum.de
Prof. Dr. Christoph Buchheim, Mannheim, Stipendiat des Historischen Kollegs 2006/2007, † 28. Dezember 2009
Prof. Dr. Jordi Catalan, Barcelona, jordi.catalan@ub.edu
Prof. Harold James PhD, Princeton, NJ, hjames@princeton.edu
Dr. habil. Hervé Joly, Lyon, Herve.Joly@ish-lyon.cnrs.fr
Dr. Sergei Kudryashov, Moskau, sergey.kudryashov@dhi-moskau.org
Prof. Dr. Kim Oosterlinck, Brüssel, koosterl@ulb.ac.be
Dr. Harald Wixforth, Bielefeld, harald-wixforth@t-online.de
Prof. Dr. Jonas Scherner, Trondheim, jonas.scherner@ntnu.no
Andrzej Wrzyszcz PhD, Lublin, awrzyszcz7@wp.pl

Marcel Boldorf

Neue Wege zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Europas unter nationalsozialistischer Hegemonie

Wenn die europäische Dimension der nationalsozialistischen Herrschaft in das Blickfeld der historischen Forschung rückt, handelt es sich insgesamt eher um eine neuere Entwicklung. Die Standardwerke zur Geschichte des „Dritten Reichs" kamen bis Anfang der 1990er-Jahre noch häufig ohne die Thematisierung der nationalsozialistischen Hegemonie über Europa und seine Wirtschaft aus. Dieses Manko gilt umso mehr für die Wirtschaftsgeschichte, die sich auf die von den Nationalsozialisten errichtete Kriegswirtschaft innerhalb des Deutschen Reichs konzentrierte[1]. Inzwischen kann die europäische Dimension als stärker erforscht gelten, weil sich verschiedene nationale und europäische Projekte der Geschichte der Besatzungsherrschaft zuwandten. Dennoch bleibt speziell auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte das Desiderat bestehen, die internationalen Forschungen stärker miteinander zu verzahnen, was der vorliegende Sammelband als eine seiner wesentlichen Aufgaben ansieht[2].

Eine Gesamtsicht auf die Literatur lässt erkennen, dass in keiner nationalen Historiographie die Forschungen zum Nationalsozialismus einen so breiten Raum einnehmen wie in der deutschen Geschichtsschreibung. Das bedeutet aber keinesfalls, dass der Verursacherstaat auch die entscheidenden Denkanstöße gab, sondern im Gegenteil zeichnete die britische und amerikanische Forschung für bahnbrechende Werke verantwortlich. Im Bereich der Wirtschaftsgeschichte sind beispielsweise die Arbeiten von Alan S. Milward in den 1960er Jahren hervorzu-

[1] Vgl. z.B. *Ludolf Herbst*, Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945 (Stuttgart 1982), im Folgenden zitiert: *Herbst*, Der totale Krieg. Als ausführliche Literaturübersicht: *Johannes Bähr*, *Ralf Banken*, Ausbeutung durch Recht? Einleitende Bemerkungen zum Einsatz des Wirtschaftsrechts in der deutschen Besatzungspolitik 1939–1945, in: Das Europa des „Dritten Reichs". Recht, Wirtschaft, Besatzung, hrsg. v. *dens*. (Frankfurt a.M. 2005) 8–20, im Folgenden zitiert: *Bähr*, *Banken*, Ausbeutung durch Recht.

[2] Vgl. auch die in vergleichbarer Intention erschienenen Werke: Working for the New Order. European Business under German Domination 1939–1945, hrsg. v. *Joachim Lund* (Kopenhagen 2006); Enterprise in the Period of Fascism in Europe, hrsg. v. *Harold James*, *Jakob Tanner* (Aldershot 2002); Die „Neuordnung" Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, hrsg. v. *Richard J. Overy*, *Gerhard Otto*, *Johannes Houwink ten Cate* (Berlin 1997), im Folgenden zitiert: *Overy*, *Otto*, *Houwink ten Cate*, „Neuordnung" Europas; *Bähr*, *Banken*, Europa des „Dritten Reichs".

heben[3]. Auch zwei neuere Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Dritten Reichs unter Einschluss des Zweiten Weltkriegs stammen aus der Feder britischer Autoren. Mark Mazower und Adam Tooze siedeln ihre Kriegsnarrationen im europäischen Kontext an und zentrieren sie um die militärischen Ereignisse und das politische Handeln der Akteure. Mazowers „Hitlers Imperium"[4] zeichnet die Etappen auf dem Weg zu einer neuen europäischen Ordnung nach und bezieht unter der Überschrift „Profit durch Besatzung" einige wirtschaftshistorische Aspekte der NS-Expansion ein. Tooze legt mit „Ökonomie der Zerstörung"[5] eine ähnlich strukturierte *histoire totale* vor, die gemäß der wissenschaftlichen Herkunft ihres Autors ökonomische Zusammenhänge wesentlich stärker ausleuchtet. Aus den Wirtschaftsinteressen des NS-Staates hebt Tooze Hitlers Ziele hervor, aus dem Deutschen Reich eine wirtschaftliche „Supermacht" zu machen. Er beschreibt die brutale Durchführung und letztlich das Scheitern dieses Projektes. Beide Autoren legen wichtige Beiträge zur Politik des Ökonomischen vor, die wirtschaftliche Phänomene in ihre politikgeschichtliche Genese einbetten. Eine Analyse der Besatzungswirtschaft unter Berücksichtigung der ökonomischen Steuerungsmechanismen und der Anreizsetzungen leisten sie aber nur ansatzweise. Viel diskutiert ist außerdem Götz Alys Buch „Hitlers Volksstaat", eine Wirtschaftsgeschichte des Raubes, auf deren Kernthese der Gefälligkeitsdiktatur an späterer Stelle noch einzugehen ist[6]. Aly leistet eine partielle, leider aber vielfach unpräzise Analyse des Ausbeutungssystems, mit dem Hitler das besetzte Europa überzog.

Das Ausbeutungsregime: bisherige Annahmen der Forschung

Als ältester Ansatz zur Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg gilt die Blitzkriegsthese, der das Konzept der Blitzkriegswirtschaft nebengeordnet ist. Im Oktober 1945 formulierte der Abschlussbericht des *United States Strategic Bombing Survey* erstmals die Annahme, dass sich das Deutsche Reich nicht auf einen langen Krieg eingestellt habe, weil die Vorbereitungen dafür unzureichend waren[7]. Darum habe

[3] *Alan S. Milward*, The German Economy at War (London 1965), dt.: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945 (Stuttgart 1966), im Folgenden zitiert: *Milward*, Deutsche Kriegswirtschaft; *ders*., The New Order and the French Economy (Oxford 1970), im Folgenden zitiert: *Milward*, New Order.

[4] *Mark Mazower*, Hitler's Empire. Nazi Rule in Occupied Europe (London 2008), dt.: Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus (München 2009).

[5] *Adam Tooze*, The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy (London 2006), dt.: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus (München 2008), im Folgenden zitiert: *Tooze*, Ökonomie der Zerstörung.

[6] *Götz Aly*, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus (Frankfurt a. M. 2005), im Folgenden zitiert: *Aly*, Hitlers Volksstaat.

[7] The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy. Overall Economic Effects Division, October 31, 1945, in: United States Strategic Bombing Survey, Bd. 1 (New York 1976) 6f.

Hitler die bewaffneten Auseinandersetzungen als eine Serie von Blitzkriegen geplant, d. h. die Feldzüge sollten nicht mit überlegener Stärke, sondern mit hoher Geschwindigkeit erfolgreich abgeschlossen werden. Angesichts dieser Art der Kriegsführung sei kein vollständiger Ausbau des Rüstungspotentials sowie der notwendigen Vorleistungen erfolgt, sodass keine vollständige Mobilisierung der deutschen Volkswirtschaft stattfand[8]. Milward räumte 1966 jedoch ein, dass das Deutsche Reich mit der Niederlage vor Moskau und dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 seine Wirtschaft konsequent auf einen lang andauernden Krieg umgestellt habe[9]. Somit ließ sich Anfang 1942 eine Änderung der Strategie feststellen, der kurz darauf die Positionierung von Albert Speer als Rüstungsminister folgte. Die angeblich erst dann einsetzende Vollmobilisierung der Wirtschaft wurde als „Speersches Rüstungswunder" bezeichnet, was mit der zeitgenössischen NS-Propaganda des Übergangs zum totalen Krieg übereinstimmte[10].

Spätere Forschungen haben diese Annahmen grundlegend hinterfragt: Ließ die Vorbereitung der deutschen Volkswirtschaft auf den Krieg tatsächlich nur eine Blitzkriegsstrategie, d. h. kurze, wirtschaftlich limitierte Kriege zu? Blieben die Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reichs bis Ende 1941 gedrosselt, um die politischen Kosten einer Lebensstandardsenkung zu vermeiden? Kann die These eines hohen Konsumniveaus in den beiden ersten Kriegsjahren aufrecht erhalten werden? Die Beantwortung dieser Fragen ist für das Urteil über die Ausbeutung des besetzten Europa von Relevanz, denn daran lassen sich weitere Überlegungen anschließen, z. B. ob die deutsche Reichsführung auf eine systematische Einbeziehung der besetzten Territorien in die deutsche Kriegswirtschaft verzichtete, bis sie sich für eine „totale" Kriegsführung entschloss. In Bezug auf das Konsumniveau ist außerdem zu fragen, welchen Beitrag die besetzten Länder zur Versorgung der Bevölkerung im Reich leisteten.

Mit den Forschungen von Richard Overy[11] einsetzend, wurden fast alle Argumente widerlegt, die auf der Blitzkriegshypothese basierten. Er wies auf den wichtigen Struktureffekt hin, dass das deutsche Konsumniveau zugunsten der Aufrüstung bereits in der Vorkriegszeit sank. Im Vergleich mit Großbritannien lag die Konsumquote im Deutschen Reich niedriger, die Beschäftigung in den Kriegsindustrien sowie der Anteil der Rüstungsausgaben am Sozialprodukt jedoch höher. Somit fand eine beträchtliche Einschränkung des Verbrauchs bereits vor 1939 statt, und die Aufrüstung genoss vor allen anderen Zielen Priorität. Mit Kriegsbeginn und nicht erst ab 1942 forderte Hitler vehement die volle Mobilmachung der Wirtschaft. Zuletzt wies Christoph Buchheim detailliert nach, dass es kein „Wohlleben" im Dritten Reich gab, sondern der Lebensstandard schon bei Kriegsbeginn

[8] *Christoph Buchheim*, Der Mythos vom „Wohlleben". Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010) 299–328, im Folgenden zitiert: *Buchheim*, Mythos vom „Wohlleben".
[9] *Milward*, Deutsche Kriegswirtschaft 61–67.
[10] *Tooze*, Ökonomie der Zerstörung 634–676.
[11] *Richard J. Overy*, „Blitzkriegswirtschaft?" Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988) 379–435.

dürftig war und sich insbesondere seit 1942 immer mehr verschlechterte[12]. Diese Erkenntnisse entziehen Milwards These, dass man sich mit Rücksicht auf den privaten Konsum für Blitzkriege entschieden habe, die Basis. Jonas Scherner lieferte jüngst weitere Belege, dass der Ausbau einer industriellen Grundlage für einen langen Krieg bereits erheblich früher einsetzte, als dies Alan Milward und vor ihm Rolf Wagenführ annahmen[13]. Schon 1936 floss über die Hälfte der industriellen Investitionen in den Rüstungs- und Autarkiesektor, direkt nach Kriegsbeginn überschritt der Prozentsatz die 70-Prozent-Marke. Auf diesem Niveau verharrten die Investitionen, und eine weitere Steigerung in den Jahren 1942 und 1943 ist nicht erkennbar. Der Nachweis des früh einsetzenden Investitionsbooms in den kriegsrelevanten Bereichen entkräftet die Thesen zur relativen Bevorteilung des Konsumgütersektors vollends. Insofern lässt sich, um eine weitere ältere Debatte aufzugreifen, die Zeit vor 1939 zwar treffend als kriegsmäßige Friedenswirtschaft, die Periode bis 1942 aber keineswegs als friedensähnliche Kriegswirtschaft bezeichnen[14]. Zudem legen die Befunde nahe, dass die Rüstungsproduktion ab 1936 kontinuierlich ausgebaut wurde und kein radikaler Bruch um den Jahreswechsel 1941/1942 erfolgte, obwohl sich die wirtschaftlichen Anforderungen im zweiten Halbjahr 1941 veränderten[15].

Diese Erkenntnisse sind auch für die Interpretation der kriegswirtschaftlichen Nutzbarmachung der besetzten Gebiete von Bedeutung. Den argumentativen Leitlinien Milwards folgend, nahmen viele Autoren an, dass eine Mobilisierung der beherrschten Volkswirtschaften erst Anfang 1942 einsetzte, als die Blitzkriegsperiode endete und das Rüstungsministerium entsprechende Zuständigkeiten erhielt[16]. Vielfach wurde in den besetzten Gebieten eine meist auf das Jahr 1940

[12] *Buchheim*, Mythos vom „Wohlleben".

[13] *Rolf Wagenführ*, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945 (Berlin 1954), im Folgenden zitiert: *Wagenführ*, Deutsche Industrie. Die Angaben des ehemaligen Leiters der Hauptabt. V (Planstatistik) des NS-Rüstungsministeriums wurden immer wieder zitiert, vgl. zuletzt *Tooze*, Ökonomie der Zerstörung 918. Zur Korrektur der Investitionsquoten: *Jonas Scherner*, Nazi Germany's Preparation for War: Evidence from Revised Industrial Investment Series, in: European Review of Economic History 14 (2010) 442, ganz: 433–468.

[14] Im Gegensatz zu *Wagenführ*, Deutsche Industrie 25–28. Vgl. auch *Herbst*, Der totale Krieg 95f.

[15] Vgl. den Beitrag von Jonas Scherner in diesem Band sowie *Jonas Scherner*, *Jochen Streb*, Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93 (2006) 172–196. Zur „Sackgasse", in der sich die Kriegswirtschaft im Oktober 1941 befand, vgl. *Tooze*, Ökonomie der Zerstörung 568–575.

[16] *Milward*, New Order 41f.; *ders*., Deutsche Kriegswirtschaft 78–80; *Harald Winkel*, Die „Ausbeutung" des besetzten Frankreichs, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945, hrsg. v. *Friedrich Forstmeier*, *Hans-Erich Volkmann* (Düsseldorf 1977) 372f., im Folgenden zitiert: *Winkel*, „Ausbeutung"; *Werner Röhr*, Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz", in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 8: Analysen, Quellen, Register, hrsg. v. *Bundesarchiv* (Berlin 1996) 242; *Richard J. Overy*, The Economy of the German „New Order", in: *ders*., *Otto*, *Houwink ten Cate*, „Neuordnung" Europas 14–17; *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten (München ^{3}2008) 916–920, im Folgenden zitiert: *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4.

beschränkte Phase verortet, die allein von Plünderung und Beutemachen von Seiten der Wehrmacht dominiert sei[17]. Bestenfalls hätten die Besatzer auf das Mittel der Requisition zurückgegriffen, das den geschädigten Unternehmen in den besetzten Gebieten die Rückerstattung verlorener Werte in Aussicht stellte. Um Licht in diese Debatte bringen zu können, sind die frühen konzeptionellen Entwürfe und die organisatorische Anbahnung der deutschen Besatzungswirtschaft zu betrachten.

Umgestaltung der Wirtschaftsordnung

Die wirtschaftliche Organisation unter Okkupationsbedingungen folgte einer Logik, die bereits für mehrere Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft herausgearbeitet wurde: die Unterscheidung eines westlichen und eines östlichen Musters. Für den Westen und Norden Europas sprach der NS-Jurist Werner Best 1941 von einer „Aufsichtsverwaltung […], die mit Hilfe von Fachleuten aller Ressorts als Beauftragte des Führungsvolkes die landeseigene Verwaltung führten und kontrollierten“[18]. Diese Herrschaftstechnik, neben die Best noch weitere Typen – die Bündnis-, die Regierungs- und die Kolonialverwaltung – stellte, zielte auf die Neuordnung des Großraums Europa unter deutscher Vorherrschaft. Hinsichtlich der Überordnung der NS-Herrschaft lässt das Konzept keine Zweifel aufkommen, und auch die Bindung der einheimischen Verwaltungen an die Weisungen der Besatzer war eindeutig formuliert. Zumindest in den west- und nordeuropäischen Ländern bestanden formal selbstständige Staaten weiter, denen die Regierung oder zumindest eine eigene Verwaltung erhalten blieben[19]. Der Verzicht auf die Durchsetzung eines ideologisch bestimmten Gesellschaftsmodells kann als Voraussetzung für die erfolgreiche Etablierung der Kollaboration gedeutet werden[20]. Trotz gestalterischer Freiräume, die die Zusammenarbeit mit den Besatzern eröffnete, blieben für die heimischen Verwaltungen die Möglichkeiten der Einflussnahme auf grundsätzliche Fragen der Wirtschaftsordnung gering. Dies galt sowohl für die zivil verwalteten Reichskommissariate Niederlande und Norwe-

[17] *Dietrich Eichholtz*, Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im besetzten Europa, in: *Overy*, *Otto*, *Houwink ten Cate*, „Neuordnung“ Europas 47–54, im Folgenden zitiert: *Eichholtz*, Institutionen und Praxis; *Milward*, New Order 79f.; *Winkel*, „Ausbeutung“ 373; *Hans Umbreit*, Die Verlockung der französischen Ressourcen: Pläne und Methoden zur Ausbeutung Frankreichs für die kriegsbedingten Bedürfnisse und die langfristigen Ziele des Reichs, in: La France et l'Allemagne en guerre. Septembre 1939–novembre 1942, hrsg. v. *Claude Carlier*, *Stefan Martens* (Paris 1990) 437, im Folgenden zitiert: *Umbreit*, Verlockung der französischen Ressourcen.

[18] Zit. nach: *Werner Röhr*, System oder organisiertes Chaos? Fragen einer Typologie der deutschen Okkupationsregime im Zweiten Weltkrieg, in: Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940–1945, hrsg. v. *Robert Bohn* (Stuttgart 1997) 14.

[19] *Bähr, Banken,* Ausbeutung durch Recht 5f.

[20] Ebd. 6 mit Verweis auf: *Robert Bohn*, Deutsche Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftslenkung im „Reichskommissariat“ Norwegen, in: *Bähr, Banken*, Europa des „Dritten Reichs“ 105–122.

gen als auch für Belgien und Frankreich, in denen ein Militärbefehlshaber mit seinem Verwaltungsstab angesiedelt wurde. Allein in Dänemark war die deutsche Besatzungsmacht lediglich durch einen Reichsbevollmächtigten vertreten und enthielt sich tiefer Eingriffe in die Rechts- und Staatsordnung. Durch das Besatzungsregime wurden die Volkswirtschaften der west- und nordeuropäischen Länder von einer international-freihändlerischen Ausrichtung in ein kriegsorientiertes Autarkiesystem umgewandelt[21].

In Mittelost- und Osteuropa erlaubte die nationalsozialistische Rassenideologie nicht, dass eigenständige Verwaltungsformen erhalten blieben. Die wichtigsten Territorien waren das mit formaler Verwaltungsautonomie ausgestattete Reichsprotektorat Böhmen und Mähren, die annektierten Teile Polens, das Generalgouvernement sowie die Reichskommissariate Ostland und Ukraine. Der ideologische Umgestaltungswille bezog sich auf das Gesellschaftssystem als Ganzes. Das Ziel der Versklavung der besetzten Gebiete zog scharfe Kontroll- und Vernichtungsmaßnahmen nach sich[22]. Im polnischen Generalgouvernement erwog die Besatzungsmacht ohne Rechtssystem und nur mittels polizeilich durchzusetzender Dekrete zu herrschen, was dann aber aus wirtschaftlichen Gründen verworfen wurde. Die Rechtssprechung durch ein rudimentäres Justizsystem blieb beispielsweise für die Regelung des Patentwesens und der Konfiskationen ein wichtiges Instrument[23].

Die annektierten Gebiete Westpolens und das Generalgouvernement erlitten rigorose Verfolgungen, in deren Verlauf viele Angehörige der Wirtschaftselite von der deutschen Sicherheitspolizei nach vorbereiteten Listen verhaftet und teilweise erschossen wurden[24]. Die Enteignung der Unternehmer lag in den Händen der Berliner Haupttreuhandstelle Ost und ihr nachgeordneter Treuhandstellen in den besetzten Territorien[25]. Die NS-Unterwerfungsstrategie verband sich mit einer Entrechtung der wirtschaftlichen Führungsgruppen der besetzten Länder Osteuropas. Diesem rücksichtslosen Vorgehen folgte eine „Devastation der einheimischen Wirtschaft“[26], die kaum mehr als wirtschaftliche Steuerung, sondern als reines Diktat zu bezeichnen ist. Lediglich im tschechischen Reichsprotektorat verfolgten die NS-Machthaber trotz rassistisch motivierter Eingriffe in die Eigen-

[21] Archives Nationales Paris, AJ 40/444. MBF, Zentralabteilung Gruppe Z 3, Presse und Propaganda, Lagebericht Monate Oktober-Dezember 1943 vom 27.1.1944.

[22] Vgl. *Wacław Długoborski*, Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur Polens 1939–1945, in: Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, hrsg. v. *dems*. (Göttingen 1981) 303–363, im Folgenden zitiert: *Długoborski*, Deutsche Besatzungspolitik.

[23] Vgl. Beitrag Andrzej Wrzyszcz in diesem Band.

[24] *Michael G. Esch*, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950 (Marburg 1998) 26.

[25] *Ingo Loose*, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945 (München 2007) 323. Vgl. auch *Bogdan Musial*, Recht und Wirtschaft im besetzten Polen (1939–1945), in: *Bähr*, *Banken*, Europa des „Dritten Reichs“ 41f.

[26] *Bähr*, *Banken*, Ausbeutung durch Recht 28.

tums- und Verfügungsrechte keine Deindustrialisierungsstrategie, sodass die Besatzungspraxis stärker dem westlichen Typus ähnelte. Derart massive Eingriffe in den Industriesektor waren im Westen selten. Die Sequestrierungen beschränkten sich auf einzelne Fälle wie die lothringische Eisen- und Stahlindustrie, die norwegische Aluminium- und Stromwirtschaft sowie einige Unternehmen des niederländischen Maschinenbau- und des Chemiesektors[27].

In der politikgeschichtlichen Forschung wird die Durchführung der wirtschaftlichen Ausnutzung häufig mit der Organisation der Herrschaft in Verbindung gebracht. Die Militärhistoriker, die das Serienwerk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" herausgaben, vertreten die Polykratiethese, der zufolge die NS-Herrschaft durch kontraproduktive konkurrierende Machtinstanzen charakterisiert sei. Nach dieser Deutung entstanden die Besatzungsregimes „häufig improvisiert […], uneinheitlich und, gemessen an den eigenen Absichten, nicht einmal effizient"[28]. Dieser Logik folgend führte die mangelnde Hierarchisierung der Besatzungsverwaltungen zu Ineffizienzen. Hitler selbst habe „auf Einheitlichkeit auch keinen Wert [gelegt], solange die Besatzungsverwaltungen ihren Zweck erfüllten". Allerdings, so kann gefragt werden, worin bestand dieser Zweck, wenn nicht in der bestmöglichen Ausnutzung der besetzten Territorien? Die Annahme einer „Vielzahl miteinander konkurrierender Dienststellen, die die Herrschaft über die besetzten Gebiete unnötig komplizierten" steht im Widerspruch mit der ihnen „zugedachten Rolle, nämlich in einem Höchstmaß zur materiellen, finanziellen und personellen Stützung der deutschen Kriegswirtschaft beizutragen"[29].

Die militärhistorische Forschung geht im Grunde davon aus, dass eine unzureichend straffe Organisation, das Fehlen eines „Steuermanns", zu „unentwirrbaren Steuerungsproblemen" geführt habe[30]. In der Tat beteiligte sich eine Vielzahl militärischer und ziviler Instanzen und Organisationen an wirtschaftlichen Entscheidungen, beginnend mit den Ressorts der Reichsregierung (Reichswirtschafts-, Reichsfinanz-, Reichsarbeits- und Reichsernährungsministerium), der Reichsbank, der Vierjahresplanbehörde, dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht, dem Rüstungsministerium bis zur Organisation Todt. Sie verfügten zum Teil über Unterbehörden oder Spezialbeauftragte in den besetzten Gebieten, zum Teil besaßen sie eine Weisungsbefugnis gegenüber den dortigen Militärverwaltungen. Doch egal, ob man Göring als „Wirtschafts-

[27] *Tooze*, Ökonomie der Zerstörung 452f.

[28] *Hans Umbreit*, Sonderformen des bürokratischen Apparates in den besetzten Gebieten: die Rüstungsinspektionen, in: Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, hrsg. v. *Wolfgang Benz*, *Johannes Houwink ten Cate*, *Gerhard Otto* (Berlin 1998) 140.

[29] Alle Zitate ebd.

[30] *Rolf-Dieter Müller*, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Teil 1: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen, hrsg. v. *Bernhard Kroener*, *Rolf-Dieter Müller*, *Hans Umbreit* (Stuttgart 1988) 525 und 596.

diktator“[31] oder „Wirtschaftszar“[32] betrachtet, muss beachtet werden, dass sich die wirtschaftliche Lenkung subtiler Methoden bediente. Die Rationalität der bürokratischen Struktur erschließt sich erst, wenn man die rechtlich-institutionellen Mechanismen, die auf die besetzten Volkswirtschaften übertragen wurden, in die ökonomische Analyse einbezieht[33]. Wie verschiedene Beiträge in diesem Band zeigen[34], passte die Besatzungsmacht die Institutionen, die aus der kriegswirtschaftlichen Organisation des Reichs bekannt waren, den Bedürfnissen in den besetzten Territorien an. Im Einzelnen handelte es sich um vier große Steuerungsbereiche: (a) die Rohstoff- und Warenbewirtschaftung durch die Errichtung eines zentralen Bewirtschaftungsapparates unter deutscher Kontrolle, (b) die Finanzaufsicht und Geldschöpfung mittels Überweisung überhöhter Besatzungskosten an die Reichskreditkassen als Besatzungsbank, (c) die Preis- und Lohnkontrolle, als deren Kehrseite das Entstehen von Schwarzmärkten anzusprechen ist, auf denen allerdings die Wehrmacht als potentester Kunde auftrat[35], (d) die Steuerung des Außenhandels durch Zentralauftragsstellen (Zast), die für die Lenkung der Waren- und Rohstoffexporte ins Deutsche Reich sorgten. Diese Regulierungsmechanismen setzten direkt bei den Unternehmen an, weil diese als maßgeblich für das Erreichen der Produktionsziele betrachtet wurden. Teilweise verblieb die Gestaltung des institutionellen Umbaus sogar in der Hand der kollaborierenden Regierungen, wobei die deutschen Kontrollinstanzen keine grundlegenden Abweichungen von ihren Konzepten duldeten.

Diese Methoden der institutionellen Steuerung wurden beispielsweise im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren durch eine personelle Kontrolle ergänzt. Die NS-Besatzungsverwaltung platzierte deutsche Funktionäre auf strategischen Positionen in den Zentralverbänden der gewerblichen Wirtschaft, d.h. den Entsprechungen zu den Wirtschaftsgruppen im Reich. Gleichzeitig war unter den tschechischen Managern ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft festzustellen[36]. Für die französischen *Comités d'organisation* und andere westeuropäische Unternehmergruppierungen ist eine vergleichbare Positionierung von deutschen Bürokraten nicht bekannt. Mit Ausnahme der unter Sequester stehenden Branchen reichten die personellen Kapazitäten bei weitem nicht aus, um betriebliche Leitungspositionen mit deutschem Personal zu besetzen. Es mussten Germanisierungsabsichten bestehen, damit wie im Reichsprotektorat ein 10-prozentiger Austausch der industriellen Verbandsfunktionäre herbeigeführt wurde, der über die wirtschaftlichen Erfordernisse hinausging. Solche Ambitionen gab es in den besetzten Westgebieten aber vorerst kaum. Auf einem anderen Blatt stand die Kooperation deutscher und französischer Unternehmen während des Krieges[37]. Wie

[31] Ebd. 610.
[32] *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, 916.
[33] Vgl. auch *Bähr*, *Banken*, Ausbeutung durch Recht 4.
[34] Beiträge von Anderson, Balcar/Kučera, Boldorf, Scherner.
[35] *Buchheim*, Mythos vom „Wohlleben“ 314.
[36] Vgl. Beitrag Balcar/Kučera in diesem Band.
[37] Vgl. den Beitrag von Hervé Joly in diesem Band.

im Reichsprotektorat war eine Versetzung von Fachleuten nach Frankreich zu verzeichnen, was aber kaum auf die Kontrolle der Partnerunternehmen zielte. Die Etablierung dieser Kontakte spiegelte die strategischen Ziele der auf beiden Seiten beteiligten Unternehmensleitungen wider, wobei eine asymmetrische Machtverteilung für die Verbindungen typisch war.

Die deutsche Wehrmacht etablierte die Herrschaft in den eroberten Westgebieten nicht unvorbereitet. Schon im Winter 1939/40 leitete der Sonderstab Wirtschaft des Oberkommandos des Heeres in Gießen vorausschauende Maßnahmen zur Verwaltung der im Zuge des Feldzuges zu besetzenden Gebiete ein[38]. Zu diesem Zeitpunkt erfassten die Planungen Belgien, Luxemburg und die Niederlande, schlossen Frankreich aber noch aus, weil man sich dort nicht auf eine längere Besatzungssituation einrichtete. Aus verschiedenen Ressorts, vor allem Wirtschaft und Finanzen, wurden geeignete Kriegsverwaltungsbeamte namentlich benannt. Ferner erstellte der Gießener Sonderstab eine Sammelmappe „Wirtschaft", die erste Verordnungsentwürfe zur Besatzungsherrschaft enthielt. Geregelt wurden nicht nur kriegspraktische Fragen wie z. B. die Verbrauchsreglementierung und die Beschlagnahme von Gütern, sondern auch Bereiche mit größerer Tragweite, z. B. die Durchführung einer Warenbewirtschaftung. Außerdem enthielt die Mappe Vorschriften zur vorläufigen Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Reich und den besetzten Gebieten, zur Errichtung von Reichskreditkassen und Bankaufsichtsämtern. Dieses Bündel von Instruktionen wurde im Februar 1940 den in Aussicht genommenen territorialen Dienststellen zugeleitet.

Trotz dieser Vorbereitungen zeichnete sich der Auftakt der wirtschaftlichen Ausbeutung in der Tat durch eine polykratische Verwirrung aus. Nach der Besetzung der westeuropäischen Länder inklusive großer Teile Frankreichs erließen verschiedene Reichsstellen – die Vierjahresplanbehörde, das Reichswirtschaftsministerium und das Oberkommando der Wehrmacht – jeweils eigene Anordnungen zum „restlosen Abtransport der Spar- und Mangelgüter", was umfangreiche Beutezüge der sog. Wirtschaftstrupps einleitete[39]. Die Forschung schloss hieraus, dass sich die Ambitionen des Aggressors anfangs allein auf Plünderung, Beutemachen und Requisitionen beschränkten. Dem Diktum des „Raubkrieges" folgend, glaubten viele Wissenschaftler eine erste „Plünderungs-" bzw. „Ausräumungsphase" zu erkennen, der erst später eine „Phase der Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte" der besetzten Länder gefolgt sei[40]. Jedoch formulierte bereits ein Erlass Görings vom 26. August 1940 als wirtschaftliche Zielsetzung die „planmäßige Ausnutzung

[38] *Hans Umbreit*, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944 (Boppard 1968) 2–5, im Folgenden zitiert: *Umbreit*, Militärbefehlshaber.

[39] Bundesarchiv (BArch) R 3101/32294. Reichswirtschaftsministerium an diverse Dienststellen betr. Anweisung über die Erfassung von Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren in dem von den deutschen Truppen besetzten niederländischen Gebiet vom 22. 6. 1940; vgl. auch die rückblickende Betrachtung: BArch R 3101/32257. Inspektor für Erlangung und Einsatz von Rohstoffen in Belgien und Frankreich an Göring, Leiter der Vierjahresplanbehörde, 3. 9. 1940.

[40] *Umbreit*, Verlockung der französischen Ressourcen 437. *Eichholtz*, Institutionen und Praxis 54.

der Wirtschaft der besetzten Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft"[41]. Dies meinte die Nutzung der Kapazitäten und Rohstoffe zur Förderung der deutschen Rüstungsproduktion und zur Erhöhung des Kriegspotentials. Trotz der „Ausräumungsbefehle" richteten sich viele lokale Dienststellen darauf ein, dass ein wesentlicher Teil der Güter im Land verbleiben solle, um zumindest die Grundstoffindustrien wieder in Gang zu bringen[42]. Als Zeichen dafür deuteten sie die Errichtung der Zentralauftragsstellen, die der Erlass vom 26. August 1940 gleichfalls anordnete. Alle genannten wirtschaftlichen und finanziellen Steuerungsinstitutionen – die zentrale Bewirtschaftung, die Geldschöpfung, die Preiskontrolle, die Außenhandelslenkung – wurden unmittelbar nach der Besetzung eingerichtet[43]. Insofern existierte eine zweigleisige Strategie: Trotz der Plünderungen und der Beutezüge verfolgte die Besatzungsherrschaft von Beginn an das Ziel, die unterworfenen Volkswirtschaften völlig auf die deutsche Kriegsproduktion auszurichten. Bemerkenswert erscheint zudem, dass im polnischen Generalgouvernement auf Betreiben des Gouverneurs Frank zeitgleich die Hinwendung zu einer geordneten Ausnutzung der Wirtschaft stattfand[44].

Zuweilen ist bei der Charakterisierung des deutschen Besatzungsregimes von „Planwirtschaft", „Zentralverwaltungswirtschaft" oder der Übertragung der im Reich „erprobten planwirtschaftlichen Methoden" die Rede[45]. Diese Einschätzungen führen in die Irre, insbesondere, wenn sie auf den Vergleich mit Planwirtschaften sowjetischen Typs zielen[46]. In den besetzten Ländern existierten zwar die beschriebenen Lenkungsinstrumente, die aber nichts an den privatwirtschaftlichen Besitzverhältnissen änderten[47]. Wie auch in marktwirtschaftlichen Systemen grundsätzlich möglich, trat neben den Wettbewerb die Steuerung durch monetäre, fiskalische oder vertragliche Regelungen. Gleichzeitig gab es stark regulierte Bereiche, insbesondere die Rohstoff- und Güterbewirtschaftung, die Arbeitskräftelenkung und die Geldpolitik. Allerdings taucht der Begriff „Plan" vereinzelt in den Archivquellen auf, wenn z. B. von Hans Kehrls europäischem Textilplan die

[41] BArch R 3101/32257. Hermann Göring, Reichsmarschall des Deutschen Reichs und Beauftragter für den Vierjahresplan, an verschiedene Reichs- und Parteistellen sowie Regierungsressorts, 26. 8. 1940.

[42] BArch R 3101/32257. Inspektor für Erlangung und Einsatz von Rohstoffen in Belgien und Frankreich an Göring, Leiter der Vierjahresplanbehörde, 3. 9. 1940.

[43] Vgl. Beitrag Boldorf in diesem Band.

[44] *Długoborski*, Deutsche Besatzungspolitik 308; *Werner Röhr*, Europa unterm Hakenkreuz 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (Berlin [Ost] 1989) 50–53, 152.

[45] *Umbreit*, Militärbefehlshaber 264. *Ders.*, Verlockung der französischen Ressourcen 440. *Herbst*, Der totale Krieg 13. *Rolf-Dieter Müller*, Der Manager der Kriegswirtschaft. Hans Kehrl, ein Unternehmer in der Politik des „Dritten Reichs" (Essen 1999) 90.

[46] Vgl. in Auseinandersetzung mit Peter Temin: *Christoph Buchheim*, *Jonas Scherner*, Anmerkungen zum Wirtschaftssystem des „Dritten Reichs", in: Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, hrsg. v. *Werner Abelshauser*, *Jan-Otmar Hesse*, *Werner Plumpe* (Festschrift für Dietmar Petzina, Essen 2003) 81–97, im Folgenden zitiert: *Buchheim*, *Scherner*, Anmerkungen zum Wirtschaftssystem.

[47] *Bähr*, *Banken*, Ausbeutung durch Recht 24.

Rede ist[48]. Auch wenn Carlo Schmid nach einer Zitation in Kehrls Memoiren festgestellt haben soll, der Plan sei „eine wahre Magna Charta der Textilien geworden, ohne die ein gedeihliches Arbeiten nicht mehr vorstellbar" war[49], handelte es sich, zumindest im westlichen Europa, lediglich um die Festsetzung von Abgabekontingenten für die Textilbranche der besetzten Länder. Die Besatzungsverwaltungen pochten auf Lieferungen gemäß den bilateralen Verträgen, ohne dass jedoch aus dem Reich die vertraglich festgelegten Gegenlieferungen erfolgten. Das Defizit auf dem Clearingkonto gegenüber allen besetzten Ländern außer Norwegen dokumentiert diese Praxis[50]. Nur der Form nach bestanden demnach Übereinstimmungen mit einer Planwirtschaft. Insbesondere handelte es sich weder um eine Europäisierung des Bewirtschaftungssystems noch um das Entstehen eines „Großwirtschaftsraums", sondern um die unilaterale Ausrichtung der Ausfuhr der besetzten Länder auf das Deutsche Reich. Die Anreize für die Unternehmen, den deutschen Forderungen trotzdem nachzukommen, bestanden in den gewährten Vergünstigungen hinsichtlich der Ausstattung mit Inputs, insbesondere Arbeitskräften, Rohstoffen und Materialien, sowie in den höheren Preisen, die sich im Exportgeschäft ansetzen ließen.

Bilanz der Ausbeutung

Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten

Die Forschungen zur europäischen Dimension des Zwangsarbeitereinsatzes sind im Vergleich zu anderen Untersuchungsgebieten weit fortgeschritten. Sie bilden daher keinen Schwerpunkt des vorliegenden Sammelbandes und sollen nur kurz angesprochen werden. Als Folge des „Reichseinsatzes" lag der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte 1943 und 1944 durchweg bei einem Viertel der Gesamtzahl der Beschäftigten[51]. Seit Beginn der Rekrutierung der Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter stellte die Landwirtschaft den wichtigsten Sektor ihres Arbeitseinsatzes dar. Der Agrarbereich blieb auch am bedeutendsten und verzeichnete Anfang 1943 mit 49 Prozent und im August 1944 mit 46 Prozent den höchsten Anteil

[48] Kehrl benutzte den Begriff in seinen Memoiren selbst, vgl. *Hans Kehrl*, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen (Düsseldorf 1973) 197–201. *Michel Margairaz*, L'état, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952, Bd. 1 (Paris 1991) 609–612, im Folgenden zitiert: *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie.

[49] Ebd. 453.

[50] *Christoph Buchheim*, Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986) 117–145.

[51] *Ulrich Herbert*, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs (Bonn ²1999) 314, im Folgenden zitiert: *Herbert*, Fremdarbeiter.

ausländischer Arbeitskräfte[52]. Auf Grund des Einsatzes von mehr als zweieinhalb Millionen Zwangsarbeitern konnte die agrarische Beschäftigung im Krieg auf einem konstanten Niveau gehalten werden. Dadurch wurde ein Einbruch der Produktion verhindert, sodass das Produktionsniveau von 1943 lediglich 15 Prozent unter demjenigen von 1939 lag[53].

In der Industrie arbeitete nur ein Fünftel (Februar/März 1943) bzw. ein Viertel (August 1944) der ausländischen Zwangsarbeiter, in manchen Branchen wie dem Flugzeugbau lag der Anteil allerdings über 40 Prozent. Damit hing die Industrie ebenfalls stark von der Arbeitsverpflichtung der Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen ab. Die Betriebe übernahmen die vom Staat zwangsweise vermittelten Arbeitskräfte, obgleich ihre Effizienz deutlich unter derjenigen der deutschen Arbeitskräfte lag[54]. Außerdem enthielten die Zwangsarbeiterlöhne wesentliche Komponenten, die an den Staat zu entrichten waren, und es entstanden Aufwendungen für Kost und Logis. Jedoch erlaubte der Arbeitseinsatz den Unternehmen, die Produktion in Gang zu halten, während bei Weigerung eine erhebliche Einschränkung der unternehmerischen Handlungsfreiheit und der Entzug wichtiger Ressourcen drohte. Unter den Bedingungen des herrschenden Arbeitskräftemangels war die Beschäftigung attraktiv, sodass die Unternehmen manchmal zögerlich, meistens aber bereitwillig auf das staatliche Angebot eingingen[55]. Hauptnutznießer der Zwangsarbeit war aber der NS-Staat, denn ohne die Verpflichtung von 7,6 Millionen ausländischen Arbeitskräften (Stand im August 1944)[56] wäre die Fortführung des Krieges wohl schon ab 1942 undenkbar gewesen.

Nahrungsmittellieferungen

Die Lebensmittelimporte waren für die deutsche Versorgung während des Krieges ein bedeutender Faktor. Die ausländischen Nettolieferungen deckten zwischen 1939 und 1944 im Schnitt 12 Prozent des deutschen zivilen und militärischen Verbrauchs, in einigen Güterkategorien wie Fleisch sogar rund 20 Prozent[57]. Trotz dieses erheblichen Beitrags des besetzten Europa ist es überzogen, die Versorgung der Reichsbevölkerung bis Herbst 1944 als „geradezu vorzüglich“[58] zu bezeichnen oder die Behauptung aufzustellen, dass es der Mehrheit der deutschen Be-

[52] *Mark Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945 (Stuttgart, München 2001) 226, im Folgenden zitiert: *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz.
[53] *Buchheim*, Mythos vom „Wohlleben“ 310.
[54] *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz 184–187. *Herbert*, Fremdarbeiter 317f.
[55] *Christoph Buchheim*, Unternehmen in Deutschland und NS-Regime: Versuch einer Synthese, in: Historische Zeitschrift 282 (2006) 382f., im Folgenden zitiert: *Buchheim*, Unternehmen in Deutschland und NS-Regime.
[56] *Herbert*, Fremdarbeiter 314.
[57] *Buchheim*, Mythos vom „Wohlleben“ 310.
[58] *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, 706.

völkerung „im Zweiten Weltkrieg besser als je zuvor“[59] gegangen sei. Es ist richtig, dass die Kalorienversorgung der deutschen Bevölkerung lange Zeit auf einem höheren Stand als in weiten Teilen Europas gehalten werden konnte, denn die Zuteilungen an die Normalverbraucher lagen zwischen 1941 und 1944 im Schnitt bei 1910 Kilokalorien (Kcal). Aber selbst dieser europaweit höchste Versorgungssatz erreichte nicht das physiologische Existenzminimum, das der Völkerbund 1936 oder die Vereinten Nationen 1946 auf 2400 Kcal bezifferten[60].

Die umfangreichen Lieferungen nach Deutschland, aber auch andere wirtschaftliche Interventionen durch die Besatzungsmacht wirkten negativ auf die agrarische Produktion der besetzten Länder zurück. Die durchschnittliche Kalorienversorgung der nordischen Länder lag von 1941 bis 1944 deutlich niedriger als im Deutschen Reich (Finnland 1710 Kcal, Norwegen 1480 Kcal), während in den westeuropäischen Gebieten ein großes Gefälle zu verzeichnen war (Niederlande 1800 Kcal, Belgien 1400 Kcal, Frankreich 1170 Kcal). Obwohl Frankreich in den deutschen agrarökonomischen Überlegungen der 1930er Jahre kaum eine Rolle spielte, wurde es im Zweiten Weltkrieg zu einem Hauptlieferanten für das Reich. Die östlichen Gebiete Europas fielen in der Versorgungsbilanz noch stärker ab: Die Bevölkerung im Generalgouvernement erhielt im Schnitt gerade einmal 990 Kcal, wobei die niedrigsten Werte zeitweise unter 600 Kcal lagen. Nicht besser erging es den sowjetischen Gebieten, wo 1943 auf der niedrigsten Versorgungsstufe eine Tagesration von 840 Kcal festgelegt wurde[61].

An diese Bilanz der europäischen Unterernährung schließt sich die Frage an, wie es den Besatzern überhaupt gelang, die Lieferungen aus den eroberten Gebieten herauszupressen. Der Kriegsführung und dem Typus des Okkupationsregimes entsprechend, lässt sich hier erneut ein westliches von einem östlichen Muster unterscheiden. Die in diesen Band aufgenommenen Beispiele Dänemarks, das im Krieg durchweg einen hohen Lebensstandard aufwies[62], und der besetzten Gebiete der Sowjetunion könnten nicht unterschiedlicher ausfallen. In Dänemark zielte die deutsche Besatzungspolitik auf eine Stimulation der „Produktions- und Lieferfreude“ der dänischen Bauern[63]. Garant dafür war die Anreizsetzung durch eine Preispolitik, in der die Erzeugerpreise noch wesentlich schneller als die inländischen Konsumentenpreise stiegen. Der dänische Bauernverband kooperierte eng mit den deutschen Behörden. Sein Interesse richtete sich auf die Erzielung hoher Exportpreise, z. B. verdoppelte sich der Butterpreis im ersten Jahr der Besatzung. In vergleichbarer Weise wurde die Agrarpreis-

[59] *Aly*, Hitlers Volksstaat 360f. Zitat auf dem Einband des Buches.
[60] *Marcel Boldorf*, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut (Stuttgart 1998) 73.
[61] Vgl. *Hans-Erich Volkmann*, Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik (München 2003) 393, 402, 411.
[62] Ebd. 380.
[63] Vgl. den Beitrag Steen Andersen in diesem Band.

politik auch in den westlichen besetzten Ländern wie Frankreich als Lenkungsinstrument eingesetzt[64].

In starkem Kontrast zum nord- und westeuropäischen Lenkungssystem stand die Ausbeutung der Reichskommissariate Ukraine und Ostland[65]. Die beim Ostfeldzug mehrfach durchziehenden Verbände der Wehrmacht erbeuteten auf den Bauernhöfen Nahrungsmittel. Auch wenn diesem Raub quantitativ Grenzen gesetzt waren, hinterließ er eine verheerende psychologische Wirkung. Die ausgestellten Requisitionsscheine konnten meist bei den Feldkommandanturen nicht eingelöst werden, sodass die Wehrmacht häufig auf die Ausstellung verzichtete oder die Bauern mit einigen Rubeln abspeiste. Es wurde keine Rücksicht auf die landwirtschaftliche Erzeugung genommen, sodass in den Gebieten zeitweiliger Besatzung so genannte Kahlfraßzonen entstanden[66]. Eine Belieferung der Städte war kaum mehr möglich, im Winter und Frühjahr 1941/42 setzte ein Massensterben durch Hunger und Krankheit ein. Diese rücksichtslose Plünderungsstrategie brachte wirtschaftlich aber keineswegs das beste Ergebnis, denn die west- und nordeuropäischen Besatzungsgebiete leisteten den größten Beitrag zur Versorgung des Deutschen Reichs.

Finanzwirtschaft und Außenhandelslenkung

Die deutsche Reichsregierung bürdete allen besetzten Ländern die Entrichtung hoher Besatzungskosten auf. Legitimiert wurden die Zahlungen durch die Verwaltungsleistungen, die die Wehrmacht für das besetzte Territorium erbrachte, und den Beitrag für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Insofern völkerrechtskonform, nahmen die Berechnungen des Reichsfinanzministeriums jedoch willkürliche Züge an, weil die auferlegten Summen um ein Mehrfaches höher als die tatsächlichen Unterhaltskosten der Besatzungsarmeen waren. Mit den erheblichen Überschüssen finanzierten das Deutsche Reich und die Wehrmacht den Kauf von Rohstoffen, Gütern und Dienstleistungen in den besetzten Ländern[67]. Für die Lenkung der Warenströme sorgten die erwähnten Zentralauftragsstellen, die in mehreren europäischen Hauptstädten errichtet wurden (Den Haag, Brüssel, Paris, Oslo, Belgrad)[68]. Die besetzten Länder wurden zur Vorfinanzierung der Lieferungen nach Deutschland verpflichtet, während sich die deutsche Seite weigerte, die teilweise vertraglich zugesicherten Gegenlieferungen zu erfüllen. Daraus

[64] Vgl. *Marcel Boldorf*, Les effets de la politique des prix sur la consommation, in: Les entreprises de biens de consommation sous l'Occupation, hrsg. v. *Sabine Effosse*, *Marc de Ferrière le Vayer*, *Hervé Joly* (Tours 2010) 17–28, im Folgenden zitiert: *Effosse*, *de Ferrière le Vayer*, *Joly*, Les entreprises de biens de consommation.

[65] Vgl. Beitrag Sergei Kudryashov in diesem Band.

[66] *Dieter Pohl*, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944 (München 2008) 188.

[67] Vgl. Beitrag Jonas Scherner in diesem Band.

[68] *Günter Brehmer*, Grundzüge der staatlichen Lenkung der Industrieproduktion in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der elektrotechnischen Industrie (München 1969) 42.

ergab sich auf dem Verrechnungskonto eine deutsche Verschuldung, die zur Belastung durch die Besatzungskosten hinzutrat[69]. Knapp formuliert: Mittels der Clearingverschuldung und der überdimensionierten Besatzungskosten finanzierten die besetzten Gebiete ihre Ausbeutung selbst.

Christoph Buchheim korrigierte die Berechnungen Götz Alys zur Ausbeutung der besetzten Gebiete Europas[70]. Es ist schlichtweg als falsch zu bezeichnen, dass das Deutsche Reich 70 Prozent der Kriegskosten durch finanzielle Transfers aus den unterworfenen Ländern bestritt. Aly unterschlägt die Verschuldung des NS-Staates bei seiner eigenen Bevölkerung, die aber einbezogen werden muss, weil dieses Geld umgehend für Rüstungszwecke ausgegeben wurde. Erst nach dem Krieg bezahlte die deutsche Bevölkerung für diese schleichende Art der Kriegsfinanzierung die Rechnung, als die wertlos gewordene Reichsmark in der Währungsreform gegen eine neue Währung eingetauscht wurde. Die Sparer erhielten das während des Krieges angelegte Geld nicht wieder zurück, sondern mussten den Verlust der zwangsweise angesparten Summen in Kauf nehmen.

In den besetzten Ländern führten die hohen Finanztransfers zu einer Staatsverschuldung, wie die Beispiele Belgiens, Frankreichs und der Niederlande zeigen[71]. Grundsätzlich gab es drei Möglichkeiten zur Aufbringung der Finanzmittel: Steuererhebungen, Drucken von Geld und die Ausgabe von Staatsanleihen. Die westeuropäischen Kollaborationsregimes setzten größtenteils auf kurzfristige Staatsanleihen zur Aufbringung der geforderten Finanzmittel. Für manche Regierungen, z. B. das französische Vichy-Regime, stand der Erhalt der Geldwertstabilität für längere Zeit ganz oben auf der finanzpolitischen Prioritätenliste[72]. Kim Oosterlink analysiert in seinem Beitrag die Effekte auf den Markt für Wertpapiere und verfolgt zugleich die umgekehrte Fragestellung: Welche Rückschlüsse lässt die Kursentwicklung während der Besatzungsperiode auf die Erwartungen hinsichtlich des Kriegsausgangs zu?

Eine erhebliche Rolle bei der ökonomischen Durchdringung der besetzten Gebiete spielten die großen deutschen Privatbanken[73]. Sie übernahmen eine Reihe von Kreditinstituten in den besetzten Gebieten und setzten ideologische Anforderungen, z. B. die Entfernung jüdischer Manager, umgehend durch. Die durchweg subtilen Methoden, die sie zum Erreichen ihrer Ziele anwandten, wurden durch ihre enge Allianz mit Berliner Regierungsstellen unterstützt. Die administrativ flankierte Verhandlungsführung schränkte den Handlungsspielraum ihrer Gegenüber wirkungsvoll ein. Sie bauten Geschäftsfelder wie die Rüstungsfinanzierung zielstrebig aus, wobei die „Arisierungen“ nicht unbedingt zu den einträglichsten Geschäften gehörten. Dank ihrer raschen Expansionsfähigkeit leisteten

[69] Vgl. die Analyse von *Peter Liberman*, Does Conquest Pay? The Exploitation of Occupied Industrial Societies (Princeton 1996) 36–68.
[70] *Christoph Buchheim*, Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime, in: Sozial.Geschichte 20 (2005) 67–76.
[71] Vgl. Beitrag Kim Oosterlink in diesem Band.
[72] *Margairaz*, L'état, les finances et l'économie 543–552.
[73] Vgl. Beitrag Harald Wixforth in diesem Band.

die Banken einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der kurzzeitigen finanzwirtschaftlichen NS-Hegemonie über Europa.

Unternehmen zwischen Kriegsgewinnen und Zwangswirtschaft

In der Unternehmensgeschichte gibt es eine maßgeblich von Christoph Buchheim und Jonas Scherner angestoßene Debatte über den Zwang, dem Unternehmen ausgesetzt waren bzw. über die Handlungsspielräume, die ihnen der NS-Staat beließ. Von einer allgemeinen Warte betrachtet, bedarf die Feststellung, dass der Wirtschaftssektor wie andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens das Objekt nationalsozialistischer Zwangsausübung war, an sich keiner Debatte. Für die besetzten Gebiete sind als Argument nicht nur die Plünderungen und Requisitionen anzuführen, sondern auch die geschilderten Regulierungen und die Institutionen zur Wirtschaftslenkung, die tragende Elemente der oktroyierten Wirtschaftsordnung waren. Insbesondere führte die administrative Preisfestsetzung zum Entstehen von Schwarzmärkten, sodass überall ein Mangel an Lebensmitteln, Rohstoffen und Gütern herrschte, der durch die Lieferungen nach Deutschland noch verstärkt wurde. Somit betraf die wirtschaftliche Zwangslage in vielerlei Hinsicht zuallererst die Verbraucher, d. h. die Mangel leidende Zivilbevölkerung[74]. In Bezug auf Zwangsausübung sind außerdem die Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse nicht zu vergessen, insbesondere die Arisierungen im Zuge der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas.

Die negativen Effekte der Wirtschaftsordnungspolitik waren vom NS-Regime teils einkalkuliert, teils sogar gewünscht. Wenn man aber von den geschilderten Rahmenbedingungen abstrahiert, kann man behaupten, dass die deutsche Kriegswirtschaft versuchte, Zwang nicht zum Prinzip zu erheben. Das galt fast ausschließlich für die kriegsrelevanten Unternehmen, denn die Steigerung der Produktionsergebnisse im Hinblick auf eine Erhöhung des Kriegspotentials genoss in den meisten Wirtschaftssektoren höchste Priorität. Akzeptiert man dies als wirtschaftliches Hauptziel, lässt sich in den besetzten Gebieten die für das Reich getroffene Feststellung überprüfen, dass „Zwang nur die Ausnahme, keineswegs aber die vom Reich bevorzugte Maßnahme zur Durchsetzung seiner Ziele gewesen ist“[75].

Beispielsweise stellt die Forschung für das besetzte Frankreich fest, dass die kriegswichtigen Unternehmen keinem permanenten Zwang unterlagen, der sich aus der spezifischen Situation der militärischen Besetzung ergab[76]. Von einer allgegenwärtigen Präsenz der deutschen Wehrmacht konnte in den besetzten Gebieten keine Rede sein, dazu war die Zahl der Besatzungssoldaten und Verwaltungs-

[74] Vgl. Balcar/Kučera in diesem Band. *Henry Rousso*, Vichy. Frankreich unter deutscher Besatzung 1940–1944 (München 2009) 60, im Folgenden zitiert: *Rousso*, Vichy.
[75] *Buchheim*, *Scherner*, Anmerkungen zum Wirtschaftssystem 94.
[76] *Renaud de Rochebrune*, *Jean-Claude Hazera*, Les patrons sous l’Occupation 1: Face aux Allemands (Paris 1995) 316. *Rousso*, Vichy 63.

beamten fast immer zu gering. Daran änderte auch das System der Feldkommandanturen und Rüstungsinspektionen nichts, deren Personal vielleicht punktuell in die Wirtschaft eingreifen, aber keine dauerhafte Kontrolle leisten konnte. Die Sanktionsmittel reichten niemals aus, um als Sabotageakte bezeichnete Widerstandshandlungen – z. B. wird über häufige Kabelzerschneidungen berichtet[77] – zu verhindern. Bildlich gesprochen: Nicht hinter jedem Arbeiter in den besetzten Gebieten konnte ein deutscher Soldat stehen.

Angesichts mangelnder Überwachungskapazitäten innerhalb der Unternehmen ist nach intrinsischen Anreizen zu suchen, warum die deutschen Lieferungsforderungen häufig erfüllt wurden. Selbst Unternehmen im zunächst nicht besetzten französischen Süden schlossen Geschäfte mit deutschen Unternehmen und der Wehrmacht ab, weil sie sich davon Vorteile erhofften[78]. Auch für das Protektorat bestätigen Balcar und Kučera die Existenz unternehmerischer Handlungsspielräume und erhärten diesen Befund insbesondere für den Bereich der Investitionspolitik[79]. Solche Beispiele lenken den Blick zum einen auf die Steuerungsfunktion des ordnungspolitischen Rahmens, zum anderen aber auch auf die Unternehmensführung in den besetzten Gebieten.

Für fast alle besetzten Länder ist hervorzuheben, dass nicht nur der Industriesektor im Allgemeinen, sondern auch die rüstungsrelevanten Unternehmen bis auf die oben angesprochenen Ausnahmen in privater Hand verblieben. Dies implizierte, dass der Gewinn als zentrale Kategorie des kapitalistischen Wirtschaftens seine Signalfunktion behielt. Von entscheidender Bedeutung war ferner, dass Exporte nach Deutschland und Geschäfte mit der Wehrmacht höhere Gewinne als der Absatz auf dem inländischen Markt garantierten. Die oben geschilderten Steuerungsinstrumente ergänzten diesen Anreiz wirkungsvoll: Unternehmen, die als Vorzugs- oder Rüstungsbetriebe anerkannt waren, durften mit einer verbesserten Zuteilung mit Input-Faktoren rechnen. Auch die Zuweisung bzw. der Nichtabzug von Arbeitskräften wurde für kriegswichtige Unternehmen günstiger gestaltet. Auf diese Weise blieben trotz der am Anfang dieses Abschnitts geschilderten Zwangssituation zieladäquate Anreize erhalten. Manchmal lohnte sich die Export- und die Rüstungsorientierung sogar langfristig für die Unternehmen, wenn sie ihre Produktionskapazitäten ausbauten oder von einem Know-how-Transfer aus dem Deutschen Reich profitierten[80].

Wie bereits im Ersten Weltkrieg bot die Kriegswirtschaft für manche Branchen ungeahnte Expansionsmöglichkeiten. Ein Beispiel war die französische Fischkonservenindustrie, die unter deutscher Besatzung einen Aufschwung erlebte[81]. Im

[77] ANP, AJ 40/443. MBF-Abt. I a Kommandostab. Lagebericht Februar 1941 vom 7. 3. 1941.
[78] Vgl. Beitrag Hervé Joly im vorliegenden Band.
[79] Vgl. Beitrag Balcar/Kučera in diesem Band.
[80] Vgl. für Frankreich: *Yves Le Maner*, *Henry Rousso*, La domination allemande, in: La vie des entreprises sous l'Occupation. Une enquête à l'échelle locale, hrsg. v. *Alain Beltran*, *Robert Frank*, *Henry Rousso* (Paris 1994) 39. Für das Protektorat vgl. Balcar/Kučera im vorliegenden Band.
[81] *Jean-Christophe Fichou*, Les conserveries de poisson: une activité hors la guerre, in: *Effosse*, *de Ferrière le Vayer*, *Joly*, Les entreprises de biens de consommation 111–128.

ersten Kriegsjahr, der Phase des Sitzkrieges, stieg die Zahl der Fabriken um rund 40 auf 200 Betriebe an. Die guten Absatzbedingungen setzten sich in der Besatzungsperiode fort, wobei nun über 90 Prozent der hergestellten Konserven zu einem Preis, der über dem inländischen Niveau lag, ins Deutsche Reich geliefert wurden. Als Innovationen wurden seit 1940 die Konservierung von Thunfisch ohne Ölzusatz und die Anwendung neuer Tiefkühlverfahren in Zusammenarbeit mit der Deutschen Tiefkühlgesellschaft eingeführt. Diese Entwicklung vollzog sich trotz der Engpässe in der Metallzulieferung für die Dosen und der militärisch bedingten Einschränkung bei der Ausfahrt auf See. Wie in diesem markanten Fall zu sehen, profitierten sogar einzelne Konsumgüterindustrien von den kriegsbedingten Absatzmöglichkeiten, die von der Nachfrage der Besatzer sogar noch vergrößert wurden.

Zu den notwendigen Differenzierungen gehört aber der Hinweis, dass sich die Bedingungen für das Wirtschaften im Kriegsverlauf veränderten. Ob ein Unternehmen für den Rüstungssektor tätig war oder Kriegsrelevanz besaß, wurde zum entscheidenden Parameter für seine wirtschaftliche Stellung, ja sogar für seine Existenz. Keineswegs können „Gewinnerbranchen" wie z. B. die Zement-, die Bau-, die Kraftfahrzeug- oder die Flugzeugbauindustrie als Stellvertreter für die Gesamtwirtschaft gelten. Insbesondere ist die Kehrseite der Bevorzugung rüstungsrelevanter Unternehmen zu betrachten: Zum Beispiel übte die deutsche Wirtschaftsverwaltung in Frankreich Druck auf die Kollaborationsregierung aus, durch Betriebsschließungen für die Einsparung von Ressourcen zu sorgen. Im Mai 1942 legte das französische Industrieministerium eine Liste mit fast 2000 zur Schließung bestimmten Betrieben vor[82]. Insgesamt befand sich die französische Wirtschaft wie diejenige anderer besetzter Länder in einer abwärts gerichteten Spirale: Die Proportionen innerhalb der Volkswirtschaft verschoben sich, und dadurch traten Versorgungslücken immer häufiger auf. Wie am Konflikt zwischen Sauckels Zwangsarbeiterprogramm und Speers Plänen zur Rüstungsaktivierung zu zeigen, entwickelte sich die Knappheit des Faktors Arbeitskraft überall zum entscheidenden Engpass.

Die Annahme einer generellen Unternehmerfreundlichkeit des NS-Staates ist unbegründet. Selbst wenn man das entscheidende Selektionskriterium der Kriegs- und Rüstungsrelevanz zugrunde legt, war die Position der Unternehmer durchweg gefährdet, wenn sie übergeordneten bevölkerungs- oder staatspolitischen Zielen abträglich schien. Dies zeigte nicht nur die brachiale Umgestaltung der Besitzverhältnisse im zerstückelten Polen, sondern auch die Sequestrierung der strategisch wichtigen lothringischen Eisen- und Stahlindustrie, die keine Rücksicht auf die Eigentumsrechte der Industriellen nahm. Die leistungsfähigsten Hütten gelangten in den Staatsbesitz der Reichswerke Hermann Göring, ohne die Aufrechterhaltung einer Minderheitsbeteiligung der französischen Kapitaleigner zu dulden[83]. Aller-

[82] Vgl. Beitrag Marcel Boldorf in diesem Band.
[83] *Johannes Bähr*, *Ralf Banken*, *Thomas Flemming*, Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte (München ^{2}2008) 303.